

Eckhardt Wohlers

Kräftiger Konjunkturaufschwung in Deutschland

In Deutschland hat sich ein kräftiger Konjunkturaufschwung herausgebildet. Welches sind die tragenden Kräfte? Gibt es Divergenzen zwischen West- und Ostdeutschland? Wie sind die Aussichten für das nächste Jahr zu beurteilen? Welche Impulse sind von den vorgesehenen steuerlichen Entlastungen zu erwarten?

Die konjunkturelle Situation ist in Deutschland wie auch in den anderen Ländern des Euro-Raums so günstig wie lange nicht mehr. In den vergangenen zwölf Monaten hat sich ein kräftiger Aufschwung herausgebildet. Das reale Bruttoinlandsprodukt steigt inzwischen merklich stärker als das Produktionspotential, so dass die Kapazitätsauslastung spürbar zunimmt; im industriellen Bereich liegt sie bereits wieder über dem langjährigen Durchschnitt. Seit Herbst 1999 ist die Zahl der Erwerbstätigen merklich gestiegen, und die Zahl der Arbeitslosen ist deutlich zurückgegangen, von September 1999 bis Juni dieses Jahres saisonbereinigt um 213 000. Etwas getrübt wird das Bild durch die Preisentwicklung. So hat sich der Anstieg der Verbraucherpreise im Laufe dieses Jahres deutlich verstärkt. Im Juni lag die Inflationsrate mit 1,9 % nur noch wenig unter der Marke von 2%, die die Europäische Zentralbank (EZB) gerade noch für vereinbar mit Preisstabilität hält. Die Beschleunigung des Preisanstiegs ist allerdings überwiegend Folge des Höhenflugs der Ölpreise und der anhaltenden Schwäche des Euro. Die „Kernrate“¹ bewegt sich immer noch bei rund 1%, sie hat sich vergleichsweise wenig erhöht.

Gegensätzliche Wirkungen der Euro-Schwäche

Nach wie vor erhält die Konjunktur erhebliche Impulse vom Export; in den ersten vier Monaten lag er dem Werte nach um rund 16% über dem Vorjahr (vgl. Schaubild 1)². Maßgeblichen Anteil an der anhaltend hohen Ausfuhrdynamik hat die zügige Expansion der Weltwirtschaft und insbesondere der anhaltende Boom in den USA. Überdies hat sich durch die deutliche Abschwächung des Euro – seit Januar 1999 ist sein Außenwert um rund 15% gesunken³ – die Wettbewerbsfähigkeit von Produkten aus dem Euro-Raum erheblich verbessert. Das führte dazu, dass sich der

Anstieg der Ausfuhren in den außereuropäischen Raum nach der Jahreswende nochmals beschleunigte; die Exporte in die USA waren in den ersten vier Monaten dem Werte nach sogar um ein Fünftel höher als ein Jahr zuvor. Im Gefolge des Konjunkturaufschwungs in Europa hat sich seit Ende letzten Jahres zudem die Nachfrage aus dem europäischen Raum deutlich verstärkt; die Ausfuhren in die EU-Länder expandierten in diesem Jahr ebenso kräftig wie die in die USA.

Von der Abwertung des Euro gingen aber nicht nur stimulierende, sondern auch dämpfende Einflüsse auf die Konjunktur aus. Denn die Euro-Schwäche hat, zusammen mit dem Höhenflug des Ölpreises, über eine Verteuerung der Importe maßgeblich zur Beschleunigung des Preisanstiegs in Deutschland – wie auch in den anderen Ländern des Euro-Raums – beigetragen. Seit Ende letzten Jahres sind die Verbraucherpreise um reichlich 1% gestiegen; das bedeutet für sich genommen einen Realeinkommensverlust in gleicher Größenordnung. Dies hat wesentlich dazu beigetragen, dass der private Verbrauch im bisherigen Verlauf dieses Jahres trotz der zu Jahresbeginn in Kraft getretenen steuerlichen Entlastungen relativ schwach blieb; in den ersten Monaten nach der Jahreswende war er sogar rückläufig. Bedingt auch durch die starke Verteuerung von Energieträgern hat sich insbesondere die Nachfrage der privaten Haushalte nach PKW deutlich abgekühlt.

Ungeachtet der schwachen Konsumententwicklung hat die Binnennachfrage, die sich schon während der durch die Finanzkrisen in Asien, Lateinamerika und Russland verursachten Konjunkturflaute als relativ robust erwiesen und damit einen stärkeren Rückschlag

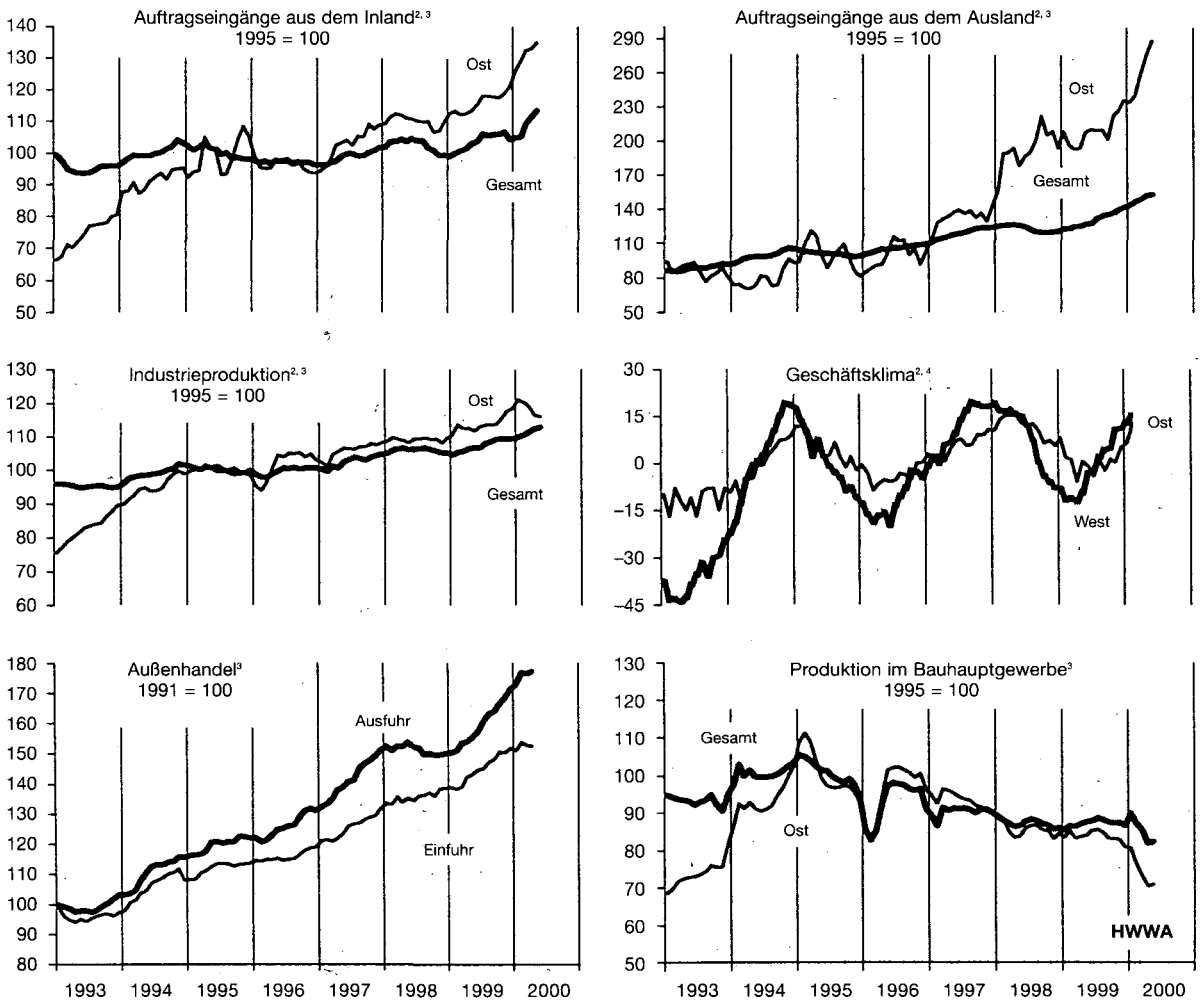
¹ Zur Berechnung vgl. das Konjunktur-Schlaglicht in diesem Heft.

² Warenausfuhr in der Spezialhandelsabgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik.

³ Gemessen am effektiven Wechselkurs des Euro in der Abgrenzung des engen Länderkreises. Zur Berechnung vgl. EZB: Der nominale und reale effektive Wechselkurs des Euro, Monatsbericht der EZB, April 2000, S. 4 ff.

Dr. Eckhardt Wohlers, 56, ist Leiter der Abteilung Internationale Makroökonomie im Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA):

Schaubild 1
Indikatoren zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland¹



¹ Saisonbereinigte Werte, Saisonbereinigt nach ASA II (HWWA-Version). ² Verarbeitendes Gewerbe. ³ Dreimonatsdurchschnitte. ⁴ Salden der positiven und negativen Firmenmeldungen.

Quellen: Statistisches Bundesamt, ifo Institut; eigene Berechnungen.

verhindert hatte, insgesamt weiter zügig expandiert. Dazu trugen auch lagerzyklische Impulse bei. Ausschlaggebend war aber die rege Investitionstätigkeit. Gefördert durch die deutliche Verbesserung der Absatz- und Ertragsaussichten im Export wie auch im Binnenhandel wurden die Ausrüstungen einschließlich der sonstigen Anlagen überaus kräftig ausgeweitet. Die Bauinvestitionen blieben dagegen schwach.

Divergenzen zwischen West- und Ostdeutschland

Nach wie vor besteht ein deutliches Wachstumsgefälle zwischen West- und Ostdeutschland. Zehn Jahre nach dem Beginn der Wirtschafts- und Währungsunion gibt es immer noch kein Anzeichen, dass der bereits seit mehreren Jahren stockende Aufholprozess wieder in Gang kommt. Zwar hat die kon-

junktuelle Erholung auch die ostdeutsche Wirtschaft erfasst; in der Industrie expandieren Nachfrage und Produktion sogar stärker als in Westdeutschland. Dem steht aber eine anhaltende Abwärtstendenz im Baugewerbe gegenüber, die wegen des großen Gewichts dieses Bereiches stark zu Buche schlägt. Immerhin scheint sich bei den Bauinvestitionen der

⁴ Nach der Investorenrechnung des ifo Instituts sind die Investitionen des verarbeitenden Gewerbes im Jahre 1999 um rund 7% gesunken, und für dieses Jahr ist ein weiterer Rückgang in ähnlicher Größenordnung zu erwarten. Vgl. Peter Jäckel unter Mitarbeit von Sonja Siebolts, Gertrud Krug: Ostdeutsche Industrie: Erneuter Investitionsrückgang nach Abschluss von Großprojekten, in: ifo Schnelldienst, H. 8/2000, S. 4. Inzwischen sind in Ostdeutschland die Ausrüstungsinvestitionen je Erwerbstätigen offenbar sogar niedriger als im Westen, während die Bauinvestitionen je Erwerbstätigen weiterhin deutlich höher sind. Vgl. Albert Müller: Aufholprozess der ostdeutschen Wirtschaft stagniert, in: ifo Schnelldienst, H. 3/2000, S. 4.

Rückgang allmählich zu verlangsamen. Auch die Ausrustungsinvestitionen sind in Ostdeutschland offenbar weiterhin rückläufig⁴. Alles in allem hinkt Ostdeutschland somit, trotz einer auch dort feststellbaren konjunkturellen Belebung, im Wachstum immer noch dem Westen hinterher.

Sehr ausgeprägt ist nach wie vor das Gefälle am Arbeitsmarkt (vgl. Schaubild 2). Der Beschäftigungsanstieg konzentriert sich auf Westdeutschland; in Ostdeutschland ist die Zahl der Erwerbstätigen – auch wegen der Stagnation der Mittel für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen – offenbar weiterhin rückläufig. Die Zahl der Arbeitslosen ist in den alten Bundesländern deutlich zurückgegangen, und die Arbeitslosenquote ist inzwischen auf 7,7% gesunken. In den neuen Bundesländern dagegen steigt die Zahl der Erwerbslosen seit dem Frühjahr 2000 saisonbereinigt wieder, und die Arbeitslosenquote liegt bei 17,4%. Selbst in der Industrie hat sich der deutliche Produktionsanstieg nicht in höherer Beschäftigung niedergeschlagen; vielmehr wurde die Produktivität gesteigert und damit die Wettbewerbsfähigkeit verbessert. In der Industrie dürften die Lohnstückkosten in Ostdeutschland im Durchschnitt inzwischen kaum noch höher sein als in Westdeutschland, so dass in diesem Bereich der Beschäftigungsabbau deutlich nachlassen dürfte. Im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt hat die ostdeutsche Wirtschaft allerdings nach wie vor einen beträchtlichen Nachteil bei den Lohnstückkosten; sie sind immer noch um rund ein Viertel höher als im Westen⁵.

⁵ Vgl. Institut der deutschen Wirtschaft: iwd Nr. 25, S. 5.

⁶ Eine Darstellung der weltwirtschaftlichen Entwicklung folgt im Konjunkturforum des WIRTSCHAFTSDIENST, August 2000.

Nachlassende Impulse von außen

Die konjunkturellen Aussichten für die deutsche Wirtschaft bleiben alles in allem günstig. Allerdings werden die Impulse für den Export allmählich etwas schwächer werden. So wird insbesondere die wirtschaftliche Entwicklung außerhalb Europas nicht mehr ganz so dynamisch sein wie bisher⁶. In den USA ist als Folge der geldpolitischen Bremsmaßnahmen eine ruhigere Gangart der Konjunktur zu erwarten. Dies mindert aber die Gefahr kräftiger Zinsanhebungen in Amerika, die auch auf Europa ausstrahlen würden. Zudem wird sich in den asiatischen Schwellenländern die wirtschaftliche Erholung kaum in dem bisherigen hohen Tempo fortsetzen.

Auch werden die von der Abwertung des Euro ausgehenden Anregungen für den Export allmählich geringer. Der Euro hat sich in den vergangenen Wochen wieder gefestigt. Angesichts der mit dem Nachlassen des Booms in den USA zu erwartenden Verringerung des Konjunkturgefälles zwischen Amerika und Europa wird für die Prognose von einer weiteren leichten Erholung des Euro-Kurses bis Ende nächsten Jahres ausgegangen. Damit gingen die Wettbewerbsvorteile aus der vorangegangenen Abwertung des Euro zu einem – wenn auch nur geringen – Teil wieder verloren. Innerhalb des Euro-Raums dürfte sich die Wettbewerbsfähigkeit dagegen verbessern, denn die Lohnstückkosten dürften sich in Deutschland moderater entwickeln als in vielen anderen EWU-Ländern.

Straffung der Geldpolitik

Die Europäische Zentralbank hat im Laufe dieses Jahres die geldpolitischen Zügel spürbar angezogen

Hans-Wolfgang Platzer (Hrsg.)

Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik in der EU

Nationale und europäische Perspektiven

Der Band enthält

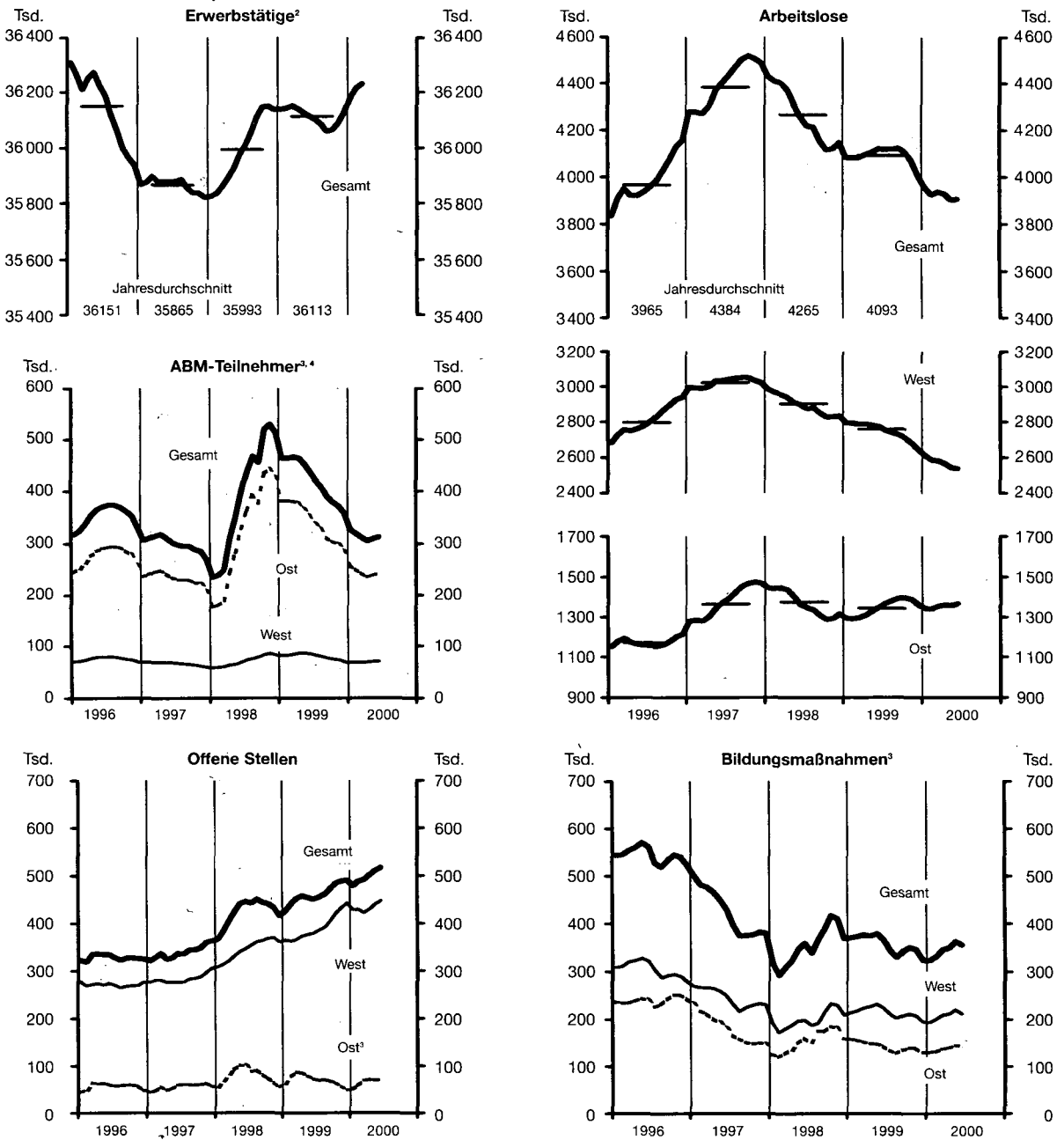
- ausgewählte Länderstudien und vergleichende Analysen nationaler beschäftigungspolitischer Modelle und Strategien,
- eine systematische Bestandsaufnahme der EU-Beschäftigungspolitik vor und nach Amsterdam und
- eine aktuelle Bewertung der Chancen und Grenzen den »Europäischen Beschäftigungspakts«.

2000, 198 S., brosch., 64,- DM, 467,- öS, 58,- sFr, ISBN 3-7890-6479-3

(Schriftenreihe des Arbeitskreises Europäische Integration e.V., Bd. 46)

 **NOMOS Verlagsgesellschaft · 76520 Baden-Baden**

Schaubild 2
Indikatoren zur Arbeitsmarktentwicklung in Deutschland¹



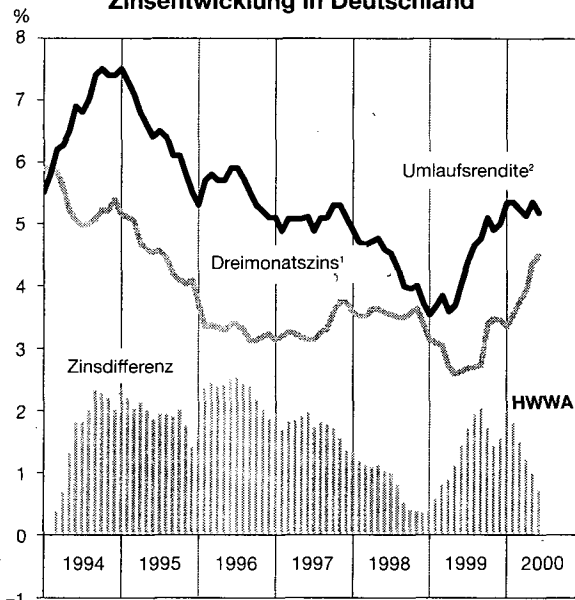
¹ Saisonbereinigte Monatswerte. ² Inländerkonzept. Saisonbereinigung nach Census-X11-Verfahren. ³ Nicht saisonbereinigt. ⁴ Einschließlich in Struktur Anpassungsmaßnahmen Beschäftigte.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; eigene Berechnungen.

und die Leitzinsen in mehreren Schritten auf 4,25% angehoben. Angesichts des kräftigen konjunkturellen Aufschwungs im Euro-Raum und Wachstumsraten, die seit Herbst vergangenen Jahres deutlich über denen des Produktionspotentials liegen, waren die Maßnahmen der EZB durchaus angebracht, zumal

auch die Expansion der Geldmenge M3 den Referenzwert von 4,5% erheblich übertraf. Mit den diesjährigen Zinsanhebungen dürfte die Geldpolitik inzwischen von einem expansiven auf einen neutralen Kurs eingeschwenkt sein. Dies spricht gegen eine stärkere Dämpfung der Konjunktur, zumal auch die Anhebung

Schaubild 3
Zinsentwicklung in Deutschland



¹ Bis Ende 1998 3-Monats-Fibor, danach Euribor der EWU. ² festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten.

Quellen: Deutsche Bundesbank, EZB; eigene Berechnungen.

der Leitzinsen nicht mit Zinssteigerungen am „langen Ende“ einherging. Die Umlaufrendite ist im Euro-Raum und entsprechend auch in Deutschland im Laufe dieses Jahres sogar gesunken (vgl. Schaubild 3). Das ist zwar in erster Linie Reflex der Zinsentwicklung an den internationalen Kapitalmärkten und insbesondere in den USA; dort sind die langfristigen Zinsen, gemessen an den öffentlichen Anleihen mit zehnjähriger Restlaufzeit, in diesem Jahr in der Grundtendenz sogar noch etwas stärker gesunken als im Euro-Raum. Die EZB hat aber mit ihrer Geldpolitik über eine Dämpfung der Inflationserwartungen die Zinssenkungstendenzen am langen Ende unterstützt.

Die kräftige Expansion der Geldmenge mit Raten, die trotz der Straffung der Geldpolitik immer noch deutlich über dem Referenzwert liegen, deutet auf weiterhin bestehende Inflationsrisiken auf mittlere Sicht hin. Dies gilt auch dann, wenn man den Referenzwert der EZB von 4,5% für etwas zu niedrig hält und ihn – wie etwa von den Wirtschaftsforschungsinstituten empfohlen⁷ – bei 5% ansetzt. Inflationsrisiken von der Nachfrageseite her lässt auch die im Laufe des nächsten Jahres zu erwartende Schließung des „Output-Gap“ im Euro-Raum vermuten, die Vollauslastung des Produktionspotentials bedeutet. Deshalb ist hier für die Prognose eine nochmalige leichte Anhebung der Leitzinsen im nächsten Jahr unterstellt. Auch dann wird der Kurs der Geldpolitik aber noch nicht nennenswert restriktiv sein. Darauf deutet auch

der häufig als Maßstab herangezogene „Taylor-Zins“ hin, der noch merklich über dem Dreimonatszins liegt⁸. Eine weitere leichte Anhebung der Leitzinsen im Euro-Raum dürfte auf die Kapitalmarktzinsen kaum durchschlagen. Dafür spricht zumindest, dass mit der zu erwartenden Verlangsamung des Konjunkturaufschwungs in den USA und der Konsolidierung der Erholung in den Schwellenländern die Nachfrage an den internationalen Kapitalmärkten nicht mehr ganz so dynamisch sein wird wie bisher.

2001 kräftige Impulse von der Finanzpolitik

Von der Finanzpolitik gehen in diesem Jahr alles in allem eher dämpfende Einflüsse aus. Zwar sind mit Beginn des Jahres steuerliche Entlastungen für private Haushalte in Kraft getreten; zudem wurde das Kindergeld erhöht und der Beitragssatz zur Rentenversicherung nochmals geringfügig gesenkt. Gleichzeitig wurde aber ein Sparpaket verabschiedet, das die öffentlichen Haushalte in diesem Jahr um rund 17 Mrd. DM entlasten wird⁹; überdies kam es im Rahmen der ökologischen Steuerreform zu weiteren Steueranhebungen. Für das Jahr 2001 sind im Rahmen der vorgesehenen Reform der Unternehmensbesteuerung und der Senkung der Einkommensteuersätze kräftige Steuerentlastungen für Unternehmen und private Haushalte vorgesehen. Bei der Prognose ist die Gesetzesvorlage der Regierung zugrunde gelegt, nach der für das Jahr 2001 von Steuerentlastungen im Umfang von rund 45 Mrd. DM ausgegangen werden kann (vgl. Tabelle 1). Zwar wirkt das im vergangenen Jahr aufgelegte Sparpaket weiterhin dämpfend, und im Rahmen der Fortführung der ökologischen Steuerreform kommt es zu weiteren Steuer-

⁷ Vgl. Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2000, HWWA-Report Nr. 201, S. 69 f.

⁸ Vgl. zur Taylor-Regel Günter Weinert, Eckhardt Wohlers et al.: Deutliche Erholung der Konjunktur, HWWA-Report Nr. 200, S. 31.

⁹ Vgl. Die Lage der Weltwirtschaft ..., a.a.O., S. 50 ff.

¹⁰ Bei der Prognose sind die Auswirkungen der für Ende Juli vorgesehene Versteigerung von UMTS-Lizenzen nicht berücksichtigt, die erhebliche Mehreinnahmen bringen, aber auch Steuerausfälle nach sich ziehen wird. Denn zum einen ist noch nicht entschieden, ob die Versteigerungserlöse in dem EUSVG 95 (Europäisches System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen) schon im Jahr des Verkaufs vollständig als Einnahmen angesetzt oder – der Laufzeit der Lizenzverträge entsprechend – auf 20 Jahre verteilt werden. Zum anderen ist auch die Höhe der Erlöse noch ungewiss; die Bandbreite der Schätzungen reicht von 60 bis 120 Mrd. DM. Ebenfalls nicht berücksichtigt sind Steuerausfälle, die daraus entstehen, dass die Lizenznehmer ihre Aufwendungen als Anschaffungskosten steuerlich geltend machen können. Der Umfang und die zeitliche Verteilung dieser Ausfälle hängen in erheblichem Maße von der – noch festzulegenden – Abschreibungsdauer ab. Bei einer Abschreibungsdauer von zehn Jahren könnten – bei einem unterstellten Körperschaftsteuersatz von 25%, wie in der Unternehmenssteuerreform vorgesehen, und einer Gewerbesteuerbelastung von 16,6% – jährliche Mindereinnahmen von bis zu 4,5 Mrd. DM entstehen; wird die Abschreibungsdauer dagegen wegen des hohen technischen Fortschritts im Kommunikationsbereich auf nur vier bis fünf Jahre festgesetzt, drohen sogar Ausfälle von bis zu 11 Mrd. DM pro Jahr.

Tabelle 1
Gesetz zur Senkung der Steuersätze und zur Reform der Unternehmensbesteuerung
(Steuersenkungsgesetz – StSenkG)

Steuermehr-/mindereinnahmen (-) gegenüber geltendem Steuerrecht in Mrd. DM

	Entstehungs- jahr ¹	2001	Rechnungsjahre 2002	2003	2004
A. Reform der Unternehmensbesteuerung	-10,1	-16,5	-21,2	-17,9	-17,7
I. Tarifsenkungen und reformbedingte Maßnahmen	-28,7	-22,9	-36,0	-40,2	-42,0
1. Kapitalgesellschaften	-20,7	-18,8	-28,4	-28,6	-27,2
darunter:					
Senkung des Thesaurierungssatzes der Körperschaftssteuer von 40% auf 45%	-14,0	-11,3	-14,6	-15,9	-17,1
Senkung des Ausschüttungssatzes bei der Körperschaftssteuer von 30% auf 25%	-2,0	-5,3	-4,7	-3,3	-3,2
Ersatz des Anrechnungsverfahrens durch das Halbeinkünfteverfahren bei der Dividendenbesteuerung	5,0	-	3,9	5,1	5,6
Steuerbefreiung von Gewinnen aus der Veräußerung von Anteilen an Kapitalgesellschaften durch Kapitalgesellschaften	-4,2	-2,1	-3,8	-4,2	-4,2
2. Personennunternehmen	-8,0	-4,1	-7,7	-11,6	-14,8
darunter:					
Ermäßigung der Einkommensteuer mit dem doppelten Gewerbesteuermaßbetrag	-10,0	-7,0	-8,4	-10,5	-10,0
Option für Personennunternehmen zur Besteuerung als Kapitalgesellschaft	-2,7	-0,7	-3,9	-7,4	-11,0
Abschaffung der Tarifbegrenzung für gewerbliche Einkünfte nach § 32 c EStG ab 2001	5,2	3,6	4,8	6,7	6,8
II. Finanzierende Maßnahmen und Anpassung der amtlichen Abschreibungstabellen	18,7	6,4	14,8	22,3	24,3
darunter:					
Senkung der degressiven Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter	13,0	5,4	10,9	14,8	14,5
B Reform des Einkommensteuertarifs	-34,9	-28,3	1,3	-13,7	-13,0
darunter:					
Einführung des für 2002 beschlossenen ESt-Tarifs schon ab 2001	-	-28,5	1,4	-0,5	-
Einführung des Einkommensteuertarifs ab 2003 mit Eingangsteuersatz 17% und Spitzensteuersatz 47%	-13,3	-	-	-13,5	-13,3
Senkung des Einkommensteuertarifs ab 2005 mit Eingangsteuersatz 15% und Spitzensteuersatz 45%	-21,9 ^a	-	-	-	-
Steuersenkungsgesetz insgesamt	-45,0	-44,7	-19,9	-31,6	-30,7

¹ Auswirkungen in den ersten 12 Monaten nach Inkrafttreten bzw. im ersten Veranlagungsjahr der Maßnahme. Steuerausfälle gegenüber dem Einkommensteuertarif 2003.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Stand Finanzausschuß 10.5.2000.

erhöhungen. Dies wird aber durch die Entlastungen aufgrund des Steuersenkungsgesetzes weit überkompensiert, so dass im Jahre 2001 von der Finanzpolitik deutliche expansive Impulse ausgehen werden¹⁰.

Als Folge der Steuersenkungen wird zwar im Jahre 2001 das Finanzierungsdefizit des Staates wieder etwas steigen. In der Abgrenzung des ESVG 95 erhöht es sich um einen halben Prozentpunkt auf 1,5% des Bruttoinlandsproduktes. Es wird in den nachfolgenden Jahren aber wieder sinken. Insofern bedeutet der Defizitanstieg keine Abkehr vom Konsolidierungskurs, und auch der Stabilitäts- und Wachstumspakt, der auf mittlere Sicht einen leichten Überschuss vorsieht, wäre nicht verletzt.

Stabilitätskonforme Lohnabschlüsse

Die bisher vorliegenden Ergebnisse der diesjährigen Tarifrunde, die wegen der relativ langen Laufzeit der Tarifverträge die Lohnentwicklung teilweise sogar bis in das Jahr 2002 prägen, lassen für dieses und für

das nächste Jahr Tariflohnsteigerungen um reichlich bzw. knapp 2,25% erwarten. Damit hat sich die verschiedentlich geäußerte Befürchtung nicht bestätigt, dass die außenwirtschaftlichen Teuerungsimpulse und insbesondere der Ölpreisanstieg wie in der Vergangenheit eine Lohn-Preis-Spirale auslösen und zu einer Verfestigung des Preisaufstiegs führen könnten. Die Lohnsteigerungen werden im Gegenteil sogar wieder niedriger ausfallen als 1999; damals betrug der Tariflohnanstieg auf Stundenbasis 2,9 %.

Die Lohnstückkosten werden aufgrund der moderaten Lohnentwicklung und hoher auslastungsbedingter Produktivitätssteigerungen in diesem und auch im nächsten Jahr nicht steigen. Von der Kostenseite her bestehen somit vorerst zumindest in Deutschland keine Stabilitätsrisiken.

Anhaltender Aufschwung – Verlagerung der Auftriebskräfte

Unter den genannten Bedingungen ist mit einer Fortsetzung des Aufschwungs in Deutschland in die-

Tabelle 2
Eckdaten der Prognose für Deutschland
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

	1997	1998	1999	2000	2001
Bruttoinlandsprodukt ¹	1,5	2,2	1,5	3,0	2,9
Private Konsumausgaben	0,7	2,3	2,1	1,7	2,7
Konsumausgaben des Staates	-1,1	0,5	0,2	0,2	0,3
Anlageinvestitionen	0,5	1,4	2,3	4,4	3,7
Ausrüstungen	3,4	9,2	5,1	7,6	5,5
Bauten	-1,4	-3,9	0,0	1,8	2,0
Sonstige Ausgaben	5,9	15,1	9,4	9,7	8,4
Inlandsnachfrage	0,7	2,5	2,2	2,2	2,7
Ausfuhr	10,9	7,0	4,2	10,9	8,0
Einfuhr	8,3	8,5	7,1	8,5	7,7
Erwerbstätige ²	-0,8	0,4	0,3	0,6	0,8
dar.: Westdeutschland	-0,6	0,6	0,5	0,8	0,9
Ostdeutschland	-1,8	-0,7	-0,7	-0,5	0,0
Arbeitslose (1000 Personen)	4385	4279	4099	3825	3450
dar.: Westdeutschland	3020	2904	2756	2485	2150
Ostdeutschland	1364	1375	1344	1340	1300
Arbeitslosenquote ³ (in %)	10,9	10,6	10,2	9,5	8,6
dar.: Westdeutschland	9,4	9,0	8,5	7,7	6,7
Ostdeutschland	17,1	17,3	17,1	17,1	16,7
Verbraucherpreise ⁴	1,0	1,0	0,6	1,6	1,4
Lohnstückkosten ⁵	-0,8	-0,4	-0,7	-0,4	0,0
Finanzierungssaldo des Staates ⁶ (in % des BIP)	-2,6	-1,7	-1,1	-0,9	-1,5
Leistungsbilanzsaldo ⁷ (Mrd. DM)	-2,5	-6,5	-37,5	-47,5	-37,5

¹ In Preisen von 1995. ² Im Inland. West- und Ostdeutschland: Inländer. Schätzung auf Basis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und des Mikrozensus. ³ Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept). ⁴ Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte. ⁵ Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer im Inland bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen. ⁶ Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen in der Abgrenzung des ESVG. ⁷ In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; Bundesanstalt für Arbeit, 2000 und 2001: HWWA-Prognose; Angaben teilweise gerundet.

sem wie auch im nächsten Jahr zu rechnen. Das Anstiegstempo wird relativ hoch bleiben. Zwar wirken die nachlassende Dynamik der Konjunktur insbesondere in den USA, das Abflauen der von der Abwertung des Euro ausgehenden Impulse und die Straffung der Geldpolitik im Euro-Raum – die wegen der relativ langen Wirkungsverzögerungen erst im kommenden Jahr voll zum Tragen kommen wird – auf eine Verlangsamung des Expansionstempos insbesondere im Jahr 2001 hin. Dies wird aber weitgehend wettgemacht durch die von der Finanzpolitik ausgehenden stimulierenden Effekte. Die Abschwächung der konjunkturellen Grundtendenz wird deshalb erst in der zweiten Hälfte des kommenden Jahres stärker in den Blick geraten.

Allerdings wird es zu einer Verlagerung der Auftriebskräfte kommen. So wird der Export als Folge der weniger günstigen außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen an Fahrt verlieren, während die Binnenachfrage verstärkt expandieren und den Aufschwung tragen wird. Insbesondere der private Verbrauch wird, auch wegen Steuerentlastungen, erheblich an Schwung gewinnen. Alles in allem wird das reale Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um 3,0% steigen; im Jahre 2001 wird das Wachstum mit 2,9% kaum geringer ausfallen (vgl. Tabelle 2). Die Kapazitätsauslastung wird dabei weiter zunehmen; zu größeren Anspannungen wird es aber noch nicht kommen. Dies alles vollzieht sich bei weitgehend stabilem Preisniveau; die Verbraucherpreise werden, gefördert durch das Abflauen der außenwirtschaftlichen Teuerungsimpulse, in diesem Jahr um reichlich, im nächsten um knapp 1,5% steigen.

Im Zuge der konjunkturellen Expansion wird sich die Lage am Arbeitsmarkt spürbar bessern. Die Beschäftigung wird zügig ausgeweitet, und die Zahl der Arbeitslosen geht, unterstützt durch ein weiter abnehmendes Arbeitskräfteangebot, deutlich zurück; im Jahresdurchschnitt 2001 wird sie um rund 650 000 niedriger sein als 1999. Die Verbesserung der Arbeitsmarktlage konzentriert sich aber weiterhin auf Westdeutschland. Zwar wird sich Ostdeutschland im Wachstum Westdeutschland annähern, am Arbeitsmarkt schlägt das aber kaum zu Buche. Immerhin dürfte im Jahre 2001 der Rückgang der Beschäftigung zum Stillstand kommen, und die Zahl der Arbeitslosen wird leicht zurückgehen, wenn auch vorrangig aus demographischen Gründen.

Bei der Prognose ist unterstellt, dass in den USA ein „soft landing“ gelingt. Käme es dort zu einer stärkeren konjunkturellen Abschwächung, etwa aufgrund eines Verfalls der Aktienkurse, hätte dies ebenfalls negative Auswirkungen auf die Konjunktur in Europa und damit auch in Deutschland. Es ist ferner unterstellt, dass es zu spürbaren Steuersenkungen für Unternehmen und private Haushalte kommt, und dass diese wie vorgesehen mit Beginn des Jahres 2001 in Kraft treten. Eine Blockade oder ein Scheitern der Steuerreformpläne würde dazu führen, dass die dämpfenden Einflüsse von Seiten der Außenwirtschaft und der Geldpolitik stärker durchschlagen und dass das Wachstum und damit auch die Verbesserung am Arbeitsmarkt im Jahre 2001 merklich schwächer ausfallen würde als hier prognostiziert. Modellrechnungen deuten für diesen Fall auf Wachstumseinbußen von gut einem halben Prozentpunkt und auf reichlich 150 000 weniger neue Arbeitsplätze hin.